

Beitrag zu „Nordafrika ordnet sich neu“ LVAK-BOKU Konferenz am 21. Juni 2012 in der Stiftskaserne, LVAK.

Auf Einladung des IFK, Institutsleiter Brigadier Dr. Walter Feichtinger

Staatskonzepte – zwischen Koran, säkularer Verfassung und Militärdiktatur

Von Karin Kneissl, Stand 14.7.2012

Im September 2011 kam es zu einem der vielen Aufmärsche mit nachfolgender Schlägerei am Tahrir Platz in Kairo. Fromme Muslime mit langen Bärten gerieten aufeinander. Muslimbrüder¹ und Salafisten² waren sehr unterschiedlicher Auffassung, ob zunächst eine Verfassung neu geschrieben werden sollte oder doch erst die Wahlen abzuhalten wären. Vertreter der Salafisten hielten den Koran in die Höhe und riefen: „Wir brauchen keine Verfassung, alles steht im Koran.“ Daraufhin kam es zum Handgemenge mit jungen Muslimbrüdern, die sehr wohl die Notwendigkeit einer Verfassung betonten.

Dieser kurze Schwenk auf die Straßen von Kairo wirft nur ein Schlaglicht auf die vielen ungelösten Fragen zur Neuordnung der arabischen Staaten, die aus einem tiefen Komaschlaf aufgewacht nun inmitten von Umwälzungen, Revolutionen oder gar Bürgerkriegen, wie in Syrien, stecken. Zuletzt waren die arabischen Gesellschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts in einem ähnlichen Umbruch. Die Erneuerungsbewegung jener Zeit nannte sich an-Nahda, was sich eventuell mit arabischer Renaissance übersetzen ließe. So nennen sich heute kurioserweise auch einige islamistische Parteien, wie die neue Regierungspartei in Tunesien. Die an-Nahda um 1900 war jedoch eine säkular ausgerichtete Nationalströmung, die sich v.a. einem Panarabismus verschrieb. In Anlehnung an andere Pan-Bewegungen des 19. Jahrhundert ging es auch den Vordenkern des Panarabismus um die Vereinigung einer arabischen Kulturnation im Sinne von gemeinsamer Sprache und Kultur. Sowohl Republikaner als auch Royalisten, die ein Vereinigtes Arabisches Königreich mit Damaskus als Hauptstadt anstrebten, fanden sich unter dem Slogan „Min al-muhit ilal halij, nahnu ihwan“ (Vom Atlantik bis zum Golf sind wir Brüder) vereint. Das Konzept einer vereinigten arabischen Welt erreichte mit dem Nasserismus in den 1950iger Jahren einen vorläufigen Höhepunkt. In der Folge erstarkten aber die religiösen Ideologien. Die Idee einer „umma islamiya“, einer islamischen Gemeinschaft, gewann an Zuström, die säkulare Mitte trat in den Hintergrund. Und dennoch wurde der Arabische Frühling von einer jungen bürgerlichen Mitte in engen Jeans und nicht von den Muslimbrüdern und -schwestern in langen Gewändern initiiert. Die Islamisten gewannen aber an den Urnen dank ihrer landesweiten Netze von Wohlfahrtseinrichtungen und hohem Mobilisierungsgrad. Wie sie nun Institutionen und Gesellschaft umgestalten werden, ist noch nicht absehbar. Der Islam wird aber als politische Kraft möglicherweise über die arabischen Staaten hinausgehend an Bedeutung gewinnen.

¹ Die Muslimbrüder, al-ihwan al muslimin, wurden 1928 von dem ägyptischen Lehrer Hassan al-Banna gegründet. Sie bilden heute die einflussreichste sunnitisch-fundamentalistische Bewegung im arabischen Raum. Wie jede politische Formation kennen auch die Muslimbrüder unterschiedliche Strömungen, die von Pragmatikern zu Orthodoxen reichen. In Ägypten waren sie infolge des Attentats auf Präsident Anwar as-Sadat verboten; bei Wahlen erreichten ihre unabhängigen Kandidaten aber u.a. 2005 Mehrheiten und stellten die Führungsebene in den meisten Interessenvertretungen. Die arabischen Revolutionen, von Tunesien ab Mitte Jänner 2011 ausgehend, wurden von der säkularen Mitte getragen. Die Muslimbrüder hielten sich zunächst im Hintergrund, beteiligte sich aber in Ägypten mit organisatorischen Aufgaben bei den Massendemonstrationen. Am 30. April 2011 gründeten sie die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei.

² Als Salafisten bezeichnen sich die Anhänger jener fundamentalistischen Strömung, die sich ausschließlich an Koran und Sunna, der Praxis des Propheten Mohammed, orientieren und somit jegliche andere theologische Quelle, Interpretation ablehnen. Der Ausdruck „as-salafiyya“ lässt sich mit Orientierung an den Altvorderen übersetzen. Als Salafisten gelten auch die nicht saudischen Wahabiten, die ebenso eine ultrakonservative Auslegung praktizieren und in Saudi-Arabien die Staatsreligion stellen.

Die Rolle der Religion im Staat

Das Spektrum islamistischer Strömungen, sowohl in der arabischen Welt als auch darüber hinaus, ist weit und reicht von politischem Pragmatismus bis hin zu Intoleranz und Gewalt als Mittel zum Zweck.³ Ihnen gemeinsam ist die Überzeugung, dass der Islam als allumfassendes System anzuerkennen ist, das keine Trennung von Staat und Religion zulässt. Herrschaft kann nur vom Islam ausgehen, die Gesetze werden aus Koran und Sunna, der Praxis des Propheten, abgeleitet. Diese enge Verquickung zwischen „din wa dawla“, Religion und Staat, gründet sich nicht zuletzt auf die Personalunion, die der Prophet Mohammed als Religionsstifter und politischer sowie militärischer Führer verkörperte. Die weltliche Macht, die „sulta“, und die Nachfolge in der spirituellen Rolle, die „halifa“, waren bis zum Untergang des Osmanischen Reiches, der letzten Dynastie nach einer Abfolge von arabischen Häusern, verbunden: Der Sultan, also das politische Oberhaupt, war zugleich Kalif. Die Herrscherpersönlichkeit muss in jeder Hinsicht ein idealer Muslim sein und darf die Prinzipien islamischer Gerechtigkeit nicht verletzen. Ansonsten erlischt die Verpflichtung der Muslime, diesem Herrscher zu folgen. Diese Frage der Legitimation ist vielleicht vergleichbar mit dem steten Risiko der Exkommunikation durch den Papst, dem christliche Herrscher in früheren Jahrhunderten ausgesetzt waren.

In Europa brodelte während Jahrhunderten der Machtkampf um die Einflussnahme auf weltliche und religiöse Bereiche in Form des fast permanenten Konflikts zwischen Papst und Kaiser. Doch der Unterschied zur islamischen Welt bestand eben in der Tatsache, dass zwei unterschiedliche Personen um diese absolute Machtfülle stritten. Sowohl dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation wie auch dem Arabisch-islamischen Reich waren ein weltlicher Staat und Nationalität fremd. Für weite Teile Europas änderte sich dies mit dem Westfälischen Frieden 1648. Dem 30-jährigen Krieg folgte die Gründung von Territorialstaaten auf Basis gleichberechtigter Souveräne. Die Religion als bindendes Glied rückte allmählich in den Hintergrund, die Trennung von Politik und Religion erfolgte unterschiedlich je nach Gesellschaft und Rolle der Kirchen. In der arabisch-islamischen Welt können wir aber nach einer Phase der Säkularisierung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine umfassende Rückwendung zu religiös inspirierten Ideologien in den letzten drei Jahrzehnten beobachten. Das Versagen sämtlicher politischer Programme, vom arabischen Nationalismus bis hin zum Kommunismus, der Widerstand gegen eine Verwestlichung der Gesellschaft sowie die Kriege in der arabischen Welt, insbesondere der Palästinakonflikt, führten zum Aufstieg islamistischer Bewegungen. Nach der Islamischen Revolution im Iran 1979, dem Erfolg anderer schiitischer Bewegungen, wie der Hizbollah im Libanon in der wechsellvollen Konfrontation mit Israel, bewegen sich nun auch bislang säkular ausgerichtete Staaten auf den sunnitischen Islamismus zu. Hiervon selbstverständlich auszunehmen sind jene Emirate am Golf, die eine enge Verschmelzung rigiden Islams und Politik seit ihrer Gründung kennen, wie dies in Saudi-Arabien und in Katar der Fall ist. Algerien durchlief seit den frühen 1990er Jahren eine andere problematische Ära zwischen Islamismus und säkularer Politik in einem Klima brutaler Gewalt. Zuvor waren bereits neue islamistische Bewegungen u.a. in Gestalt von Terrorgruppen zu einem wesentlichen Faktor der Konflikte in der islamischen Welt, wie auch im Verhältnis zur nichtislamischen Gesellschaft geworden.

³ Die folgenden Ausführungen werden detailliert dargestellt in der Publikation „Islam, Islamismus und islamischer Extremismus – eine Einführung. Herausgegeben von Walter Feichtinger und Sibylle Wentker, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 15/2005.

Mit den arabischen Revolutionen ist nun ein neues Kapitel möglicher staatlicher Konzepte und gesellschaftlicher Neuordnung aufzuschlagen. Die bürgerliche Mitte, die glattrasierten jungen Männer, begannen den Aufstand, die Islamisten siegten an den Urnen.⁴ Die definitive Machtaufteilung zwischen den Wahlgewinnern und dem alten Establishment, das in Tunesien wie in Ägypten oder Libyen trotz aller Gerichtsverfahren, Säuberungen in der Verwaltung fort dauert, ist noch in Schweben.

Ist Ägypten auf dem Wege zu einer islamischen Republik?⁵

Diese bange Frage stellen sich die säkular denkenden Menschen in und außerhalb Ägyptens. Religion spielt in Ägypten traditionell eine wichtige Rolle im Leben der Menschen, im öffentlichen Leben. Das reiche vorislamische Kulturerbe des Landes illustriert den tief verankerten Glauben, ob nun in seiner polytheistischen Ausprägung, der Rolle der Urchristengemeinden und Kopten oder seit nun bald 1400 Jahren in Form des Islam. Die Frömmigkeit der Ägypter ist sprichwörtlich, auch für jene Menschen, die sich zu den Säkularen zählen. Doch wie verhält sich mit Politik und Religion nun und in der nahen Zukunft des bevölkerungsreichsten arabischen Landes?

Die Islamisten erlangten bei den Parlamentswahlen, die in drei Wahlgängen zwischen Dezember und Jänner stattfanden, hohe Stimmenanteile und kamen insgesamt auf fast 70 Prozent. Die Muslimbrüder erreichten rund 50 Prozent der Mandate, die Salafisten wohl dank großzügiger Unterstützung aus Saudi-Arabien und Katar erlangten überraschende 25 Prozent. Diese Wahlen wurden vom Militärrat am 18. Juni annulliert und sollen wiederholt werden. Bei der Präsidentenwahl gewann aber letztlich der Kandidat der Muslimbrüder, Mohammed al-Mursi, wie der Militärrat am 25. Juni bekanntgab. Infolge der Auflösung der alten Verfassung, sowie auch des Verfassungsrates, der eine neue ausarbeiten sollte, ist die Kompetenzverteilung zwischen den Institutionen gegenwärtig unklar. Zudem übertrug sich der Militärrat gleichsam über Nacht, nämlich in jener vom 18 auf den 19. Juni einige weitere Kompetenzen, die ihm bislang nicht zustanden. Der Militärrat unter Vorsitz von Feldmarschall Mohamed Hussein Tantawi ist weiterhin ad interim mit den Regierungsgeschäften beauftragt. Auch wenn die Notstandsgesetzgebung ex 1981 per 31. Mai 2012 aufgehoben wurden, so gelten viele der Notstandsgesetze inhaltlich weiter.

Eine Herrschaft per Dekret, wie sie bereits die erste postrevolutionäre Phase nach dem Sturz Husni Mubaraks im Februar 2011 prägte, scheint wahrscheinlich. Die Junta erklärt sich zudem als quasi souverän, indem sie ihren Chef – und nicht wie bisher den Präsidenten – zum Oberkommandierenden der Streitkräfte machte. Ägypten schwankt also zwischen einer Militärdiktatur und einer islamistisch geprägten neuen Staatsordnung, deren Details vom Verfassungsrecht bis zum Strafrecht, Zivilrecht bzw. hin zur außenpolitischen Orientierung, noch niemand kennen kann.

Entscheidend wird jedenfalls die wirtschaftliche Situation sein. Das Risiko eines Umschlagens der politischen Revolution in eine landesweite Brotrevolte wächst aufgrund der miserablen sozialen Lage infolge wachsender Arbeitslosigkeit und schrumpfenden Währungsreserven seit der Revolution im Februar 2011. Die Regionalberichte des UNDP,

⁴ Zur Rolle der jungen Männer in den arabischen Revolutionen siehe: Testosteron Macht Politik, Wien 2012 (Braumüller) von Karin Kneissl

⁵ Der Begriff „Islamische Republik“ findet sich im

des UN-Entwicklungsprogramms, zu den arabischen Ländern erscheinen auch zehn Jahre nach der Publikation des ersten Berichts immer noch relevant

Während sich in den 1990er Jahren weltweit politisch und gesellschaftlich viel veränderte, stagnierten die arabischen Staaten, die Herrscher blieben, die Allianzen verschoben sich kaum. Die Ursachen für dieses Patt finden sich u.a. in den diesbezüglichen Sonderberichten des UNDP, das 2002 den ersten von fünf arabischen Regionalberichten zur Lage der menschlichen Entwicklung vorstellte.⁶ Die Autoren kamen zu dem Schluss, dass zwei wesentliche Defizite einer Erneuerung der arabischen Welt entgegenstünden: das Fehlen von Freiheit und die Ausschaltung der halben Bevölkerung, sprich der Frauen. Der Bericht warnte wie so viele andere Untersuchungen vor einer demografischen Bombe.⁷ Fast 60 Prozent der Bevölkerung sind unter 25 Jahre alt. Die Bevölkerungsexplosion in den arabischen Staaten ist rasant. Betrug die Gesamtzahl an Menschen in den 22 arabischen Staaten im Jahre 1980 noch 150 Millionen, so lag sie 2007 bei 315 Millionen Menschen, also eine Verdopplung binnen einer Generation. Für das Jahr 2014 wird mit knapp 395 Millionen Menschen im arabischen Raum gerechnet. Dass die Babyboomers der arabischen Welt, die geburtenstarken Jahrgänge der 1980er, die Jugendarbeitslosigkeit weiter verschärfen würden, war seit Jahren absehbar. Dennoch ist es ein delikates Thema, das von den meisten arabischen Politikern ungern aufgegriffen wird.⁸

Der Nil ist der Älteste, was sich hier ereignet, wirkt auf die Region, schreibt der ägyptische Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Naguib Mahfus. Ob das ägyptische Modell, einer länger andauernden Militärregierung daher auch im Falle anderer postrevolutionärer Staaten, wenn man von Tunesien absieht, noch zum Einsatz kommen könnte, ist eine Untersuchung wert. Als Referenz hierfür wird auch gerne die Entwicklung in der Türkei in den 1980er Jahren zitiert.

Politischer Islam und Demokratie – ein Blick auf die Türkei

So steht das Militär in den Augen vieler noch immer für Stabilität, Effizienz und für einen „modern“ organisierten Staat, der zumindest den Hunger fernhält. Man baut auf die ordnende Kraft der Streitkräfte, obwohl Korruption und Nepotismus der alten Militärregime einen hohen Preis gefordert hatten. Die Islamisten auf der anderen Seite stehen für eine Gerechtigkeit, die von Gott kommen soll. Sie stehen auch für den Wandel, indem sie fordern, das Volk solle die Macht bekommen. Doch weder der Militarismus noch der politische Islam

⁶ Arab Human Development Report 2002 by the UNDP, p.21; siehe: <http://www.arab-hdr.org/publications/other/ahdr/ahdr2002e.pdf> ; abgerufen am 5.7.2011 um 12:00

⁷ Siehe u.a. Studie der Weltbank, Social Development Papers No.14, July 2004: The Devil in the Demographics, von Henrik Urdal. http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDSContentServer/WDSP/IB/2004/07/28/000012009_20040728162225/Rendered/PDF/29740.pdf abgerufen am 12.12.2011 um 17:00

⁸ Der ägyptische Politiker Amr Moussa, unter Mubarak Außenminister, dann Generalsekretär der Arabischen Liga, sagte bei einem Vortrag in Kairo im Frühjahr 2011: „Wir müssen aufhören, die Bevölkerung als eine Last zu sehen, vielmehr sollten wir sie als Chance erkennen“. Interview mit dem österreichischen Botschafter in Kairo am 22.6.2011

treten für die individuellen Freiheitsrechte ein, für die viele Jugendliche auf dem Tahrir-Platz gekämpft und ihr Leben gelassen haben.

Die Türkei ist gern zitiertes Modell, das aber wohl noch viel mehr westliche Analysten und Politiker heranziehen als dies in den postrevolutionären arabischen Staaten der Fall ist. Arabische Gesprächspartner reagieren oft unwirsch auf den Vorschlag, sich an einem türkischen Modell zu orientieren. Man darf einfach nicht ausblenden, dass zwischen Türken und Arabern ethnische Gräben existieren, die selbst das Zusammengehörigkeitsgefühl in einer „umma islamiya“, einer muslimischen Gemeinschaft nicht übertünchen können. Zudem wird die Türkei bis heute in der breiten arabischen Öffentlichkeit als ehemalige repressive Besatzungsmacht wahrgenommen.

Die Republik Türkei wurde 1923 von Mustafa Kemal Atatürk gegründet. Das Militär hat sich dreimal an die Macht geputzt, so 1960-61, 1971-73 und 1980-83. Die Armee hatte bis vor kurzem eine entscheidende Rolle in ihrem Selbstverständnis als Hüterin des säkularen kemalistischen Erbes, mit dem sich ein hoher Prozentsatz des urbanen Mittelstands weiterhin identifiziert, sowie als Zünglein an der Waage in vielen Kabinettsentscheidungen. Der Radius der Armee begann sich aber seit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die islamistische AKP⁹ 2001 stetig zu reduzieren. Im Zuge von Reformen sowie massiver Verhaftungswellen unter hochrangigen Militärs mit dem Hinweis auf deren mögliche Verbindung zu Vorbereitungen eines weiteren Putsches, marginalisierte die islamistische Regierung unter Premier Tayyip Recep Erdogan die zuvor sehr mächtigen Armeestrukturen. Erdogan werden nicht nur von kritischen Journalisten der Vorwurf eines autoritären Führungsstils gemacht. Unliebsame Medien werden mit Steuerprüfungsverfahren mundtot gemacht. In der Türkei tätige Diplomaten erkennen in seiner strategischen Planung der 100-Jahr-Republiksjubiläen auch Züge eines Größenwahns. Erdogan plant offensichtlich, 2023 im Feierjahr des hundertjährigen Bestehens der Türkei, dann Staatsoberhaupt zu sein und zahlreiche Großprojekte dann einzuweihen. Die Kritiker des Premiers und v.a. der rasanten Islamisierung der Türkei finden sich nur unter den Säkularen, sondern auch ehemaligen politischen Weggefährten.

All diesen Entwicklungen zum Trotz sprechen einige Staatskanzleien, v.a. jene Großbritanniens und der USA, gerne vom türkischen Modell eines demokratischen Islamismus. Dieser Begriff ist meines Erachtens mit großer Vorsicht zu verwenden, da eine islamistische Ideologie mit dem Prinzip der Gewaltentrennung, Grundlage aller Rechtsstaatlichkeit, kaum in Einklang zu bringen ist.

Die orientalische Tradition kennt aber das Instrument der Kompromissuche in vielen Varianten. Sich zu versammeln und solange nach einer für alle akzeptablen Formel zu suchen ist der Sinn von „Ijtima'a“, worunter Konsens zu verstehen ist. Der Diwan des Sultans war nichts anderes als die regelmäßige Versammlung aller wesentlichen Berater auf einer großen gemeinsamen Sitzfläche¹⁰, um als Kollegialorgan eine Entscheidungsfindung herbeizuführen. Der Herrscher hat sich beraten zu lassen.

Die Anekdote einer französischen Depesche aus dem 18. Jahrhundert erzählt, wie der französische Gesandte seine Vorgesetzten in Paris zu erklären versucht, dass der Sultan

⁹ zu deutsch Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung ist nach eigenem Verständnis eine konservativ-demokratisch ausgerichtete Partei. Seit November 2001 stellt sie die stärkste Fraktion im türkischen Parlament.

¹⁰ Der Diwan wurde dann auch in vielen Sprachen zum Lehnwort.

anders als der absolutistische König Frankreichs zuerst seine Minister und Beamten einberuft, bevor er eine Entscheidung trifft und dies kann sich über Monate hinziehen, weswegen keine rasche Antwort auf ein Ersuchen der Franzosen möglich wäre. Diese alte Tugend der Konsenssuche hatten viele arabische Autokraten des 20. und 21. Jahrhunderts nie erlernt. Regierungsmitglieder leben in dauernder Angst, bei einem falschen Wort in Ungnade zu fallen. Die Tyrannei des Staates war an die Stelle des Rat suchenden Herrschers getreten. In den Baath Parteien im Irak war und in Syrien ist diese Allmacht des Autokraten besonders stark ausgeprägt. Die Rolle des Staates ist zudem negativ besetzt, denn der Staat wurde oft als Feind und Inbegriff der Repression, nicht als gemeinsames Kollektiv des Schutzes wahrgenommen.

Viel Veränderung kommt gegenwärtig auch aus Gesellschaft, auf Kommunalebene engagieren sich neue politische Kräfte, wie Vereine, Jugendgruppen. Doch zugleich fragmentieren einige der postrevolutionären Staaten, die Gefahr eines Staatenzerfalls erscheint u.a. für Libyen, den Jemen und in naher Zukunft wohl auch für Syrien als eines der Szenarien inmitten von Bürgerkrieg, für Waffenschmuggel durchlässigen Grenzen und v.a. ausländischer Einmischung, die in erster Linie von anderen Regionalmächten, ob jenen des Golfs oder Iran, praktiziert wird. Die Schaffung eines funktionierenden Staatswesens mit der umfassenden Kontrolle staatlichen Gewaltmonopols erscheint angesichts drohender Anarchie, vielen „no-go-areas“ und v.a. der vielen zornigen jungen Männer, die sich paramilitärisch organisieren, als wesentlich. Dies ist wohl auch die Vorbedingung für all jene Investitionen in große Infrastruktur, wie Schienennetze, die Beschäftigung und Verbesserung des Transports schaffen würden.

Conclusio

Demokratie ist ein Wort mit einer vielfältigen Geschichte und vielen Bedeutungen. Demokratie ist – der Sache nach wie der Geschichte des Begriffs nach – die Herrschaft des Volkes. Auf den Transparenten in den Demonstrationen von Tunis bis in den Jemen stand zu lesen: Das Volk will den Sturz des Systems. Unmissverständlich wurden Potentaten mit der Aufforderung „Irhal/Hau ab“ zum Rücktritt aufgefordert.

Herrschaft ist hierbei keine harmlose oder einfach freundliche Kategorie. Sie impliziert Macht über die gegebenen Verhältnisse sowie die Fähigkeit, diese Macht auch durchzusetzen. Und dies notfalls auch mit Gewalt. Im 18. Jahrhundert gab es – in einem weiten Sinn verstanden – drei Demokratien: die USA, Frankreich und die Schweiz. 1941 waren es ein Dutzend. Nach der Auflösung der Kolonialreiche und dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums waren es weit mehr als 100. Mit dem Arabischen Frühling ist eine neue Demokratisierungswelle entstanden, deren Gehalt, Gestalt und Zukunftschancen sich zurzeit noch schwer einschätzen lassen.+